

Woche
Leopoldstr.
Buch
Tage
geblüht
ckd4
Heilborn
W.
erschau" die
blat
g zu haben:
Bratshelische,
Gezungen und
s. 5296
nur 25 Bl.
en eingetroffen.
hardt
Telefon 589
Bücherei
den 4322
feld,
ernruf 133.
10 prima
norfo.
hühner
verkauft.
ob. Gelling
ingen 1. W.
tag von 2 Uhr
des
ine kleid
en.
1 Mark.
Gefesse,
Genser, Gauslee.
Auto
Berlone-
wagen
ausen gesucht.
ist. Angeb. m.
u. C. 697 an
Zeitung.
uffung
achmittags ge-
eiderfabrik
Markwori.
rdwall 14.
ordentl.
ndmen
unter 20 J.
1. Mai od.
Doktor Klob.
Hilburg.
ägriges
ndmen
auswärts such
ng zu Kindern
leichte Haus-
en u. 2. 295
Geschäftsst.
h'n'äuser
dem seit 1800
gehendes Ro-
warengeschäft
nen wird und
ich besonders
Büchereibetrieb
ist zu ver-
Geschäftsstelle.
gger-
teiling
Bühnen-
de de Brise,
st. Feldstr. 12.
telefon 210.

Kreisblatt des
Stadtfreies Bocholt
amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
intern und extern
des Kreises Bocholt.
Organ
der Zentrumspartei

Bocholter - Borkener Volksblatt

Gesetzblätter:
Bocholt, Borken, S.
Gerum 92 und 97.
Holt: J. Heinecke.
Holt: M. Welling.
Holt: H. Parnas.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 34

Freitag, den 4. Februar

Jahrgang 1927

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Ein umfassendes Programm. - Graf Westarp verschleierte die deutsch-nationale Schwelung. - Vier Mißtrauensanträge.

Der alte Kurs.

Die Regierungserklärung, die Reichstagspräsident Dr. Marx gestern nachmittag im Reichstagsgebäude las, unterscheidet sich von derjenigen, die er am Beginn der Tätigkeit des vorigen Kabinetts abgegeben hat, durch ihr ausführliches Eingehen auf alle in den Richtlinien aufgeführten Punkte. Wenn Marx sich damals kurz fassen konnte, so hing das natürlich damit zusammen, daß ja die im Dezember gestützte Regierung nichts anderes war als die Fortsetzung des Kabinetts Luther unter anderer Führung. In beiden Regierungen waren mit Ausnahme Luthers dieselben Persönlichkeiten, und dieselben Parteien standen dahinter. Jetzt aber ist eine parlamentarische Umgruppierung erfolgt. Die Deutsch-nationalen sind in die Regierung eingetreten, die Demokraten sind Oppositionspartei geworden und auch die Sozialdemokraten, die sich im vergangenen Jahre vorwiegend neutral und meist verständigungsbereit verhielten, sind aus stillen Partnern scharfe Gegner geworden. So war, sollten im In- u. Ausland Unklarheiten über den Charakter und den politischen Willen der neuen Regierung beseitigt werden, eine eingehende Stellungnahme zu allen wichtigen Fragen notwendig.

Niemand, der die programmatische Erklärung liest, wird darin auch nur ein Wort finden, das als ein Abweichen vom bisherigen Kurs geachtet zu werden vermöchte. Das einzige, was als Konzeßion gegenüber den Deutsch-nationalen angesehen werden könnte, ist vielleicht der Satz, der sich gegen die Schwelung des alten Reiches und seiner Parteien wendet. Aber vom Zentrumstandpunkt aus ist auch das keine Konzeßion, sondern das ist immer unsere Auffassung gewesen, wenn auch vielleicht der größere Teil der Zentrumswahlerschaft dem neuen Staat mehr Schwelung abgemessen als dem alten Regime. Die innen- und außenpolitische Linie der neuen Regierung verläuft auf Mittelkurs. An keiner Stelle ist ein Abweichen festzustellen. Würde das Zentrum sich in einer Reaktion mit der Linken befinden, das Programm könnte kaum anders lauten, und von den Parteien, die jetzt mit ihren Mißtrauensanträgen anrücken, würden die Demokraten und Sozialdemokraten ebenfalls keine sachlichen Einwendungen zu erheben haben. Die deutsch-nationalen Männer in der Regierung sind der einzige Grund ihres Mißtrauens. Darum haben sie nur Hohn für den Fortschritt, daß sich die Rechte zur Mitte gewandt hat, daß sie der Verfassung, der Republik und ihren Farben die bisher vornehmliche Reverenz erweist, daß sie mit der Reichswehrreform, mit der Bekämpfung der von ihr bisher begünstigten Wehrverbände einverstanden ist, daß sie Socarno, Thorpe, Geni schickt und die Fortsetzung der Verständigungspolitik billigt.

Gewiß all dies wird heute noch auf deutsch-nationaler Seite mit allen möglichen Nebenbetrachtungen betrachtet. Die Frage, wie sag ich's meinem Kinde, macht noch Kopfschmerzen. Die so lange in Negation und Bekämpfung des Neuen geleitete Wahlerschaft verlangt noch Mißlichkeiten. Man muß es ihr allmählich beibringen, daß heute eine Politik unterfützt wird, die gestern noch als falsch, als undeutsch, als katastrophal in Grund und Boden verdammt wurde. Die deutsch-nationalen Abgeordneten und ihre Presse kommen daher noch nicht recht aus dem alten Gelfe heraus. Aber dies alles vorausgesetzt, hätte doch die Rede des deutsch-nationalen Sprechers zum Regierungsprogramm nicht gerade so zu klingen brauchen wie die des Grafen Westarp. Das waren wirklich ungeschickte Worte, hervorgeprubelt nicht nur aus dem Bemühen, der Wahlerschaft die neue Wendung schmacht zu machen, sondern auch aus dem Bestreben, vor der Öffentlichkeit den Eindruck einer in die Machtposition mit wehenden Fahnen siegreich eingedrungenen Partei zu erwecken. Man könnte sich bei dieser Rede auch an die Erklärung des Reichstagspräsidenten Michaelis zur Friedensresolution erinnern: „Wie ich sie auffasse.“ So Westarp: „Für uns ist die Regierungserklärung maßgebend und das, was wir dazu zu sagen haben.“ Aber die richtige Deutung wird wohl die sein, die auf das Präsidat „ungeschickt“ hinausläuft. Das gilt insbesondere auch für die von dem Redner ausgesprochene Hoffnung auf Umstellung in Preußen, eine Hoffnung, die reichlich etat erscheint.

In der Regierungserklärung nehmen die sozialpolitischen Ausführungen den relativ breiten Raum ein. Sie zeigen der unbereinigten Arbeiter- und Angestelltenchaft, daß die Regierung entschlossen ist, auf sozialem Gebiete Fortschritte zu erzielen. Und wir sind überzeugt, daß die christliche Arbeiterchaft mit uns nicht die Meinung einer kleinen christlichen Bündnisgruppe teilt, die in einer in die Tagespresse langwierigen Entschließung ihr Mißtrauen gegen die Regierung zum Ausdruck bringen zu müssen glaubt, gegen die Regierung, an deren Spitze der Chef der Zentrumspartei steht und der außerdem noch so bewährte Kämpfer wie Brauns und Köhler sich und Stimme haben. Wie man in der christlichen Arbeiterchaft denkt, dafür darf wohl eine Äußerung in der

Die Vorstellung des neuen Kabinetts.

Die deutsch-nationale Entgleisung.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 3. Febr. (Drahtber.)
Wieder einmal zeigte der Reichstag das Gesicht eines großen Tages. Das Interesse des Publikums machte sich nicht nur durch außerordentlich starken Besuch sämtlicher Tribünen bemerkbar, sondern auch durch eine Massenansammlung vor dem Ballotbau. Zu Beginn der Sitzung hatten die meisten Abgeordneten ihre Plätze eingenommen. Die Minister, an ihrer Spitze Reichstagspräsident Dr. Marx, waren vollständig zur Stelle. Nach Erledigung einiger geschäftsmäßigen Angelegenheiten erteilte Reichstagspräsident Loebe dem Reichstagskanzler das Wort zur Vorstellung der Regierungserklärung. Bei den Ausführungen des Reichstagspräsidenten machte, wie nicht anders zu erwarten, die Kommunisten ihre bekannten läppischen Störungsvorwürfe, wodurch sich Präsident Loebe veranlaßt sah, mehrere Ordnungsrufe auszusprechen. Man kann jedoch sagen, daß die Moskowier im allgemeinen die Grenze der parlamentarischen Ungezogenheit ausnahmsweise nicht ganz erreichten. Auch die Völkischen beschränkten sich einer ausfallenden Zurückhaltung. Die Rede des Reichstagspräsidenten Dr. Marx fand bei den Regierungsparteien starken Anklang. Auch bei den Sozialdemokraten merkte sich wenig Widerstand gegen die Grundzüge des künftigen Regierungserlasses. Dem sozialdemokratischen Vorkämpfer Müller-Branken fiel es nicht ganz leicht, die Opposition zu markieren, denn es soll ja in der Außen- wie Innenpolitik die gleiche Bahn wie bisher eingeschlagen werden. Man vermahnte daher aus dem Munde des sozialdemokratischen Oppositionsführers zwar eine Fülle von Plänen und allen möglichen Zeitungen und Broschüren, aber keinen stichhaltigen Grund gegen das neue Kabinett. Hätte Müller an zweiter Stelle gesprochen und Graf Westarp an erster, so wäre die Situation wahrscheinlich ganz anders gewesen. Man war der Auffassung, daß Graf Westarp wenigstens mit Stillschweigen über manche Dinge hinweggehen würde, dessen Verhörung den Anlaß zu einem neuen Konflikt heraufbeschwören

neuesten Nummer der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ als maßgebend angesehen werden, die mit einem gewissen Stolz in einem Aufsatz über „das Zentrum während der Krise“ betont, daß die katholischen Arbeiter in der Zentrumspartei ihre politische und parlamentarische Vertretung haben. „Denn die Zentrumspartei“, heißt es dort weiter, „hat sich während der Krisenzeit ganz vorzüglich gehalten. Wir hatten unsere Kritik nicht zurück, wenn uns Kritik geboten erscheint, wir wußten aber auch die Anerkennung nicht unterdrücken, wenn Anerkennung verdient wurde.“ Nach der Regierungserklärung wird sicherlich das Urteil dieses dem Abgeordneten Joes nahestehenden Blattes nicht anderslauten. Denn in dieser Regierung herrscht unzweifelhaft sozialer Wille. Ihn hat auch der sozialdemokratische Sprecher nicht zu befechten vermocht.

Das Zentrum hat keinen Anlaß seine Genugtuung darüber zu verbergen, daß nach dem Regierungsprogramm der neue Kurs nichts anderes als die Fortsetzung des alten Kurses ist, ja daß außerdem noch in kulturpolitischer Beziehung eine glückliche Wendung eingetreten ist. Nur etwas vermischen wir in dem Programm. Etwas, das nach unserer Auffassung unbedingt hineingehört hätte. Was wir herausheben, ist das Fehlen einer Antifindung der Wahlrechtsreform. Hat man sie vergessen oder mit Absicht hinausgelassen? Dr. Luther hat sie vor einem Jahre angekündigt, unter der Ranzlerschaft Marx ist im Reichsinnenministerium die Novelle ausgearbeitet worden, alle Einzelheiten hat man daraus schon der Öffentlichkeit mitgeteilt. Und jetzt nichts als Schweigen! Hält man in der Regierung die Abänderung des Wahlrechts für eine solche Nebenbeschäftigung, daß man sie in der Regierungserklärung nicht erwähnen zu müssen glaubte? Oder hat man darüber geschwiegen, um das Reformprogramm zum großen Teil abgeleitete Parlament nicht zu reizen? Wir halten dieses Geseh für eines der notwendigsten, die zu schaffen sind. Die Zentrumswahlerschaft ist der gleichen Meinung. Das hat schon die einstimmige Annahme der betreffenden Entschließung auf dem Parteitag in Cassel gezeigt. Die Presse aller nichtsozialistischen Parteien fordert die Wahlrechtsreform, weil es für das deutsche Volk wirklich vom Vorteil wäre, wenn es noch einmal einen Reichstag nach dem bisherigen System wählen müßte. Darum in allem Ernst die Frage: Wo bleibt die Wahlrechtsreform? Diese Frage muß jetzt erledigt werden. Und sie kann jetzt erledigt werden. Für eine Reform, die verfassungsmäßig sein würde, wird sich allerdings keine

konnte. Leider aber ist die betrübliche Feststellung zu machen, daß Graf Westarp nicht schwieg, sondern einige Sätze in so programmatischer Form vortrug, daß sie beim Zentrum großes Befremden und bei der Opposition gewissermaßen helle Begeisterung hervorriefen. Wer den Grafen Westarp kennt, weiß, daß er kein Fingerspitzengefühl für psychologische Feinheiten besitzt. Daher kam es auch, daß man seine Rede nur mit den Ausdrücken falsch, verkehrt und unglücklich charakterisieren muß. Der deutsch-nationale Redner hat unüberhörbar einen ganzen Laden voll Porzellan zer-schlagen. Doch gar zu tragisch darf man die Entgleisungen des langjährig bekannten Grafen nicht nehmen. Westarp ist nicht die deutsch-nationale Reichstagsfraktion, und seine Meinung ist nicht die Meinung der vier deutsch-nationalen Minister, die im Kabinett sitzen. Soweit wir unterrichtet sind, wird der able Zischensfall am Freitag auf eine nach Form und Inhalt befriedigende Weise beigelegt werden.

Der zweite deutsch-nationale Redner Abg. Reinecke Jung.

Berlin, 3. Febr. Die heutige Reichstagsrede des deutsch-nationalen Abgeordneten Graf Westarp hat, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, bei mehreren Zentrumsmitgliedern wegen einiger Stellen den Wunsch nach näherer Klärung geweckt. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß der zweite deutsch-nationale Redner, Abgeordneter Reinecke Jung, in dieser Angelegenheit Klarheit schaffen wird.

Die Frage, ob die Regierungsparteien ihrerseits ein Vertrauensvotum einbringen werden, ist noch nicht entschieden. In einer interfraktionellen Besprechung, die am Freitag vormittag 11 Uhr stattfand, soll endgültig darüber Beschluß gefaßt werden.

Mehrheit finden lassen. Aber es geht auch, wie wir hier wiederholt dargelegt haben, ohne Verfassungsänderung. Wir hoffen daher, daß das Regierungsprogramm noch nach dieser Richtung hin ergänzt wird. Die Zentrumspartei des Reichstages aber, deren Vorstandsmitglied Stegerwald sich noch auf dem Hülshofheimer Kongress der Zentrumspreß sehr energisch für die Abänderung des Wahlrechts eingesetzt hat, würde sich ein neues großes Verdienst um das deutsche Volk erwerben, wenn sie sich tatkräftig dieser Frage annähme würde. Msr.

Deutscher Reichstag.

(Berlin, 3. Februar.)

Das öffentliche Interesse an der Programmierung der neuen Reichsregierung äußerte sich darin, daß die Tribünen des Reichstags nicht besetzt waren, während der Sitzungsaal bei der Eröffnung der Sitzung noch viele Plätze aufwies.

Präsident Loebe verliest zunächst das amtliche Schreiben, in dem der Reichstagskanzler Dr. Marx dem Reichstagspräsidenten Loebe die Regierungsbildung mitteilt und die Mitglieder des neuen Kabinetts nennt. Bei der Verlesung der Namen Gehler und Schiele kommen einige höfliche Zurufe von den Kommunisten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangen die Kommunisten die sofortige Beratung kommunistischer Interpellationen. Dieses Verlangen wurde abgelehnt. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Dazu ergreift sofort, mit lärmenden Zurufen der Kommunisten, Kanzler des Bürgerbodens begrüßt,

Reichstagskanzler Dr. Marx

das Wort. Die von ihm verlesene Regierungserklärung, bei deren Beginn wiederum die Kommunisten lärmten, hat folgenden Wortlaut:

„Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volkswahl tritt, ist der einstimmigen Auffassung, daß die Grundlage unserer Politik, die Anerkennung der Reichsgleichheit der in der Verfassung von Weimar begründeten

republikanischen Staatsform,

auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Auch der Reichspräsident hat in dem am mich gerichteten Briefe vom 20. 1. in feierlicher Weise erklärt, daß die neue Reichsregierung getreu der Weimarer Verfassung ihr politisches Handeln einrichten soll. Bei dem gefundenen Sinn für Ordnung und bei dem ungebrochenen Lebenswillen des deutschen Volkes kann das wiederaufgerichtete deutsche

Staatswesen als innerlich geehrt angesehen werden. So soll es auch bleiben. Es ist der einmütige Wille des Reichstages.

für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in der Gesamtheit ihrer Organe und ihrer Reichsorgane.

wie sie im Artikel 5 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig und handelt es sich um die selbstbestimmte Aufstellung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengefaßten Fraktionen dieses hohen Hauses, daß die Abänderung von Einzelheiten auf der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Weise vorgenommen werden muß. Jeden Versuch gewalttätiger oder sonst ungesetzlicher Abänderungen wird die Reichsregierung als hochverrätend anzu-nehmen. Insbesondere wird sie auch gegen alle Vereinigungen, die den rechtsstaatlichen oder gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen. Wie sie von allen Deutschen die Achtung der deutschen Reichsverfassung verlangt, so gilt diese Staatspflicht selbstständig unter Berücksichtigung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts auf freie Meinungsäußerung

vor allem für die Beamten. Diesen ist die Beteiligung an allen vorgenannten Vereinigungen und Bestrebungen zu verbieten. Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung schließt keineswegs aus, der Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken. Noch vor wenigen Wochen hat einer der Herren auf hingewiesen, daß ein Volk, das seine Geschichte nicht ehrt, nicht wert ist, noch einmal zu einer geschichtlichen Bedeutung zu kommen. Deshalb soll nach der einmütigen Auffassung der Reichsregierung der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung geschenkt werden. Wenn und in diesem Zusammenhang ein weiterer Blick in die Vergangenheit gestattet sei, so sehen wir, daß unsere heutige

aus christlicher Grundlage erwachsen ist. Aus diesem Mutterboden heraus muß sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Diese Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen

Reichsschulgesetz.

Grundlage dieses Gesetzes ist die Verfassung, nach deren Vorlaut und Sinn auch die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt und der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundrechten der betreffenden Religionsgesellschaften und unter Beachtung des öffentlichen Rechts des Staates gelehrt wird. Auch ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der durch Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen.

Der tatkräftige Schutz und gewissenhafte Beachtung der Vorschriften der Reichsverfassung, insbesondere die Übertragung der Grundzüge in das praktische Leben, liegt in besonderem Maße in den Händen der Beamtenchaft.

Die Reichsregierung vertraut auf die alldauernde und tatkräftige Mithilfe der Beamtenchaft,

die für sie unentbehrlich ist. Die Reichsregierung ist sich der schwierigen Lage großer Schichten der Beamten durchaus bewußt. Ihre Rechte und Interessen und ihr materielles Wohl zu fördern, betrachtet sie deshalb als eine selbstverständliche und vornehmliche Pflicht. Was

die Finanzlage des Reiches

angeht, so ist es im vergangenen Jahre das Ziel der Reichsregierung gewesen, die Arbeit der Wirtschaft zum Wiederaufbau Deutschlands zu fördern, ohne daß die Grundzüge einer gesunden Finanzwirtschaft aus dem Blickfeld zu werden brauchen. Auch in Zukunft wird es das Bestreben der Reichsregierung sein, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu bringen. Freilich bedarf es dazu äußerster Sorgfalt, um nicht gegenüber den vorhandenen Einnahmeverhältnissen in Schwierigkeiten zu kommen. Der Herr Reichsminister der Finanzen wird Gelegenheit nehmen, bei der ersten Sitzung des Haushaltsjahres 1927 auf die hiermit im Zusammenhang stehenden Probleme näher einzugehen. In den Rahmen der allgemeinen Finanzlage wird auch

das Problem des Finanzausgleichs

einzufügen sein, das eine innerpolitische Frage von hervorragender Bedeutung darstellt. Dem hohen Hause liegt der Entwurf eines Gesetzes über einen provisorischen Finanzausgleich vor, dessen baldige Verabschiedung dringend erwünscht erscheint. Darüber hinaus wird es das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Uebereinstimmung mit den Ländern über die Uebereinstimmung des Finanzausgleichsproblems möglichst bald herbeizuführen. Die Reichsregierung hat dabei großes Verständnis für die Wünsche der Länder und ihrer Beamten auf ein gesundes Eigenleben, wie sie anderenorts auch auf das Verständnis der Länder für die finanziellen Notwendigkeiten des Reiches in der Nachkriegszeit rechnet.

Der

Wehrmacht

wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie wird mit großem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht in allen Schichten und in allen Parteien zu festigen.

Das Meer muß dem politischen Kampfe ein für allemal entzogen werden.

Das von mir am dieser Stelle am 16. Dezember 1926 entwickelte Programm einer endgültigen Lösung der Reichswehr von aller Politik wird eine Einseitigkeit zur Ausführung gebracht. Ich wiederhole in ein

schien sehen. Es mu